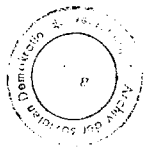
politik

Nr. 13 Dezember 1985

Informationsdienst der SPD

Versöhnen statt spalten

on Ministerpräsident Johannes Rau
12. 1985 in Ahlen



C86-1454

Johannes Rau:

Versöhnen statt spalten

Rede anläßlich des Treffens in Ahlen 16. Dezember 1985

Liebe Freunde,
wir haben einen langen, einen schweren Weg vor uns, und wir haben es uns in den vergangenen Wochen nicht leicht gemacht. Aber gestern, in der Sitzung unseres Parteivorstandes in Düsseldorf, habe ich gespürt: Wir alle sind bereit zum Aufbruch nach vorn. Wir wollen eine eigene Mehrheit für unsere bessere Politik gewinnen. Und ich bin überzeugt, wir können es schaffen.
Ich bin bereit, ich will Kanzler aller Bürgerinnen und Bürger werden. Ihr wißt, ich brauche dazu Eure Hilfe, die Hilfe der ganzen Partei. Ich setze darauf, daß wir gemeinsam das Vertrauen der Menschen gewinnen. Versöhnen statt spalten — heißt der Grundsatz, von dem wir uns leiten lassen wollen. Wir machen Politik für die Mehrheit der Menschen und suchen deshalb auch die Zustimmung dieser Mehrheit.
Ich habe Euch hierher nach Westfalen eingeladen. Ahlen — diese Ortswahl ist schon mein Zeichen. Ich gebe hier heute keine Regierungserklärung ab. Das werde ich zum richtigen Zeitpunkt an einem anderen Ort tun. Heute möchte ich meinen politischen Standort in wichtigen Fragen deutlich machen und mit Euch diskutieren.
Warum in Ahlen? Die Älteren unter uns erinnern sich noch an den Winter 1946/47. Viele Menschen hatten Hunger, viele noch nicht einmal ein Dach über dem Kopf. Selbst im Ruhrgebiet fehlte das Brennmaterial, um die kalten Wohnungen zu heizen. Zusammenbruch der westdeutschen Wirtschaft, so heißt das heute in den Geschichtsbüchern.
Wir Überlebenden fühlten damals: Wir sind noch einmal davongekommen. Und wir haben den Neuaufbau angepackt. Wir waren geprägt von den Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus und dem unbeschreiblichen Elend des Zweiten Weltkrieges. Damals hat die CDU der britischen Zone vom 1. bis zum 3. Februar 1947 hier in Ahlen das Programm für einen neuen Anfang beschlossen. Bei allen Reformen der Wirtschaft, so heißt es da, mag es sich um Bodenreform, Neuaufbau der industriellen Wirtschaft oder die Neugestaltung des Verhältnisses zwischen Arbeitnehmern und Betrieb handeln, ist das erste und vornehmste Ziel das Wohl des gesamten Volkes.
Die Union von 1947 sprach vom machtverteilenden Prinzip Mitbestimmung und eben, ich wiederhole es noch einmal, vom Wohl des **gesamten** Volkes. Damals war auch den meisten Christdemokraten klar: Nur im Zusammenführen unterschiedlicher gesellschaftlicher Kräfte, in der Versöhnung liegt die Stärke, mit der wir den Neuanfang schaffen. Wir Sozialdemokraten haben keinen Grund, das Ahlener Programm unkritisch zu betrachten. Vieles darin fand nicht unsere Zustimmung. Manches, was wir mit der Ahlener CDU für richtig hielten, ist heute überholt; auch wir wissen: die Forderung nach weitgehender Vergesellschaftung löst gegenwärtig Probleme nicht. Was aber weiter gilt, ist der damals aus der Not geborene Sinn für das, was wir Sozialdemokraten Solidarität nennen und was der katholische Theologe Romano Guardini damals „sich miteinander einrichten" nannte: Der Wille, auch mit Menschen zusammenzuarbeiten, die aus anderen Wurzeln leben, wenn es darum geht, große politische Probleme zu lösen. Wie sehr unterscheidet sich die durchaus zum Streit fähige Ernsthaftigkeit von damals von der klappernden Polemik der Bonner Politik von 1985!
Einer der Mitbegründer der Union, Walter Dirks, hat dieses Prinzip des Zusammenführens, von dem ich spreche, damals, 1946, so formuliert: „Ohne die Arbeiter (ohne
ihre aktive, führende Mitarbeit) geht es nicht. Ein Europa ohne die Arbeiter oder gar gegen sie würde ersticken. Aber es geht auch ohne die Christen nicht. Sie bringen das Erbe der Jahrhunderte mit."
Die CDU/CSU des Jahres 1985 hat diese Einsichten längst vergessen. Verdrängt waren sie freilich schon viel früher. Die Politik jener Zeitspanne, die später die Ära Adenauer genannt wurde, hatte sich bald darüber hinweggesetzt. Ich aber knüpfe daran an; und **deshalb** habe ich Euch für den heutigen Tag nach Ahlen eingeladen.
Die gewendete CDU hat viele Menschen politisch enttäuscht. Sie hat sie auch allein gelassen. Ihnen können wir Sozialdemokraten eine neue politische Heimat bieten. Wir wollen keine Parteien-Koalitionen. Wir wollen die Koalition unterschiedlicher sozialer Kräfte, die Koalition der Bürger. Für diese neue Koalition der Bürger kämpfe ich. Und deshalb wende ich mich scharf dagegen, daß wir uns im Bundestagswahlkampf das Thema Parteien-Koalitionen auch nur aufschwätzen lassen.
Und weil ich gerade dabei bin, noch eine Bemerkung: Alle diejenigen, die sich heute schon ihren Kopf über mein zukünftiges Bundeskabinett zerbrechen, haben zwar eine lobenswerte Gesinnung, denn sie sind hoffnungsvoll und zuversichtlich. Aber ich muß sie dennoch enttäuschen — meine personellen Entscheidungen werde ich zum richtigen Zeitpunkt fällen und selbst öffentlich machen.
Zurück nach Ahlen: Mein christdemokratischer Vorgänger im Amt des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten, Karl Arnold, hat am 17. Juni 1947 in einer Regierungserklärung gesagt: „Es muß ein Ende haben ... mit der auf jedem Menschen, sei er Arbeitgeber oder Arbeitnehmer, lastenden Angst, für immer seine Arbeitsstätte zu verlieren." Dieser Satz zeigt den Geist der Nachkriegszeit.

Hände weg vom Streikrecht!

Vier Jahrzehnte nach Ahlen frage ich die CDU: Wo stehen wir heute? Mehr als zwei Millionen Menschen sind arbeitslos. Doch Helmut Kohl sagt: „Kein Handlungsbedarf" — und was noch schlimmer ist: er tut wirklich nichts. Der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes hat die neue Armut beim Namen genannt. Aber die Bundesregierung leugnet sie — und etwas dagegen tut sie erst recht nicht. Wer unter uns, der ernsthaft nachdenkt, wüßte nicht, daß die sozialen, technologischen und ökologischen Herausforderungen nur im Zusammenwirken der großen gesellschaftlichen Kräfte zu beherrschen sein werden! Daran muß man arbeiten. Das muß man wol-

len. Und wer das wirklich will, der darf das nicht tun, was diese Bundesregierung tut: der darf in die Rechte der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften nicht einschneiden.
Ihr wißt: Freund-Feind-Denken ist nicht meine Sache. Die Bürger halten davon auch nichts. Auch wenn wir sagen müssen: In einer sich rasch verändernden Gesellschaft sind Auseinandersetzungen nur natürlich. Sie müssen nach fairen Spielregeln ausgetragen werden. Und was mich persönlich angeht: Wenn schon von Kampfgeist die Rede ist, dann ziehe ich in der demokratischen Auseinandersetzung das Florett dem schweren Säbel vor — es ist sogar treffsicherer. Niemand halte Behutsamkeit in der Sprache also für Unentschiedenheit in der Sache.
Ich stehe ein für eine Arbeiterbewegung, für eine Sozialdemokratie, die sich durchsetzen kann. Dazu brauchen wir nicht mehr Verwaltungsakte, sondern mehr Politik. Meine Freunde wissen: Kampf ist für mich nicht das einzige Kriterium des Politischen. Gerade die Fähigkeit zur kämpferischen Auseinandersetzung wächst aus Solidarität. Der überkommenen Vorstellung, der Krieg sei der Vater aller Dinge, setze ich die Einsicht entgegen, daß die Menschen verkommen, wenn sie die Freundschaft, die Brüderlichkeit, die Geschwisterlichkeit vergessen.
Es ist zwar beileibe nicht so, daß alle in der CDU/CSU sich im Freund-Feind-Denken verfangen hätten. Aber die gegenwärtige Bundesregierung polarisiert, spaltet, grenzt aus. Diese Politik ist unfähig, ein faires Miteinander in einem demokratischen Gemeinwesen zu schaffen und zu erhalten. Das beweist der aktuelle Versuch der Bundesregierung, die Streikfähigkeit der Arbeitnehmer zu brechen. Was da angestrebt wird, verletzt die Machtbalance zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften, wirkt als ganz und gar unnötige Provokation aller Arbeitnehmer. Diese Bundesregierung nimmt in Kauf, daß bei einem Streik viele Arbeitnehmer zum Sozialamt gehen müssen — und den meisten wird nicht einmal dort geholfen werden können.
Ich warne eindringlich vor diesem Schritt. Wo wir Sozialdemokraten in dieser Auseinandersetzung stehen, ist klar: Wir stehen gegen die Spaltung unserer Gesellschaft, wir stehen an der Seite der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften.
Konrad Adenauer und Hans Böckler haben über die Mitbestimmung letztlich zu einem Kompromiß gefunden. Das war Anfang der 50er Jahre. Soweit muß man zurückgehen, um dieser Bundesregierung ein Beispiel zu nennen, das ihre nur noch parteipolitisch gespitzten Ohren vielleicht doch noch erreichen könnte.
Der soziale Friede ist wichtiger als das Herausschinden kurzsichtiger Positionsvorteile im Kampf um Macht und Geld! Das sehen übrigens auch viele Unternehmer heute so, die erkannt haben, wie überflüssig und schädlich das Treiben der Allianz aus Verbandsfunktionären und Bundeskabinett ist. Von den vielen Industriellen und Managern, mit denen ich in den letzten Wochen gesprochen habe, hat mir gegenüber keiner die Position der Bundesregierung vertreten.
Und Hans Katzer rät seinen Freunden von den Sozialausschüssen: Hände weg vom Streikrecht! Der Mann weiß — ebenso wie Ernst Benda —, wovon er spricht. Keiner mache uns weis, die Bonner Koalition wisse nicht, was sie tut. Aber ich bezweifle, daß sie die Folgen ernstlich bedacht hat: Käme es zu der von der Bundesregierung beabsichtigten Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes, dann könnte aus jedem Streik schnell ein Flächenbrand werden. Eine regionale Eingrenzung der Konflikte wäre für die Gewerkschaften kaum noch möglich. Oder sie müßten in Kauf nehmen — und das werden sie nicht in Kauf nehmen können —, daß als Folge der Tarifpolitik die Lebensbedingungen in unterschiedlichen Regionen und Branchen zunehmend auseinanderdriften.
Mein Rat an die Arbeitnehmer ist:
Erstens: Geht hinein in die Gewerkschaften, soweit Ihr nicht schon dabei seid — das ist der beste Schutz für Euch, nicht nur bei Streik und Aussperrung.
Und bedenkt, so rate ich, zweitens: Diese Bundesregierung kann man abwählen.
CDU und CSU haben die Kraft zur Versöhnung und zur Mitte verloren. Das mag man beklagen. Ich sehe darin für uns die politische Verpflichtung und Chance, auch denjenigen, die sich in der Union nicht mehr wiederfinden, bei uns eine neue politische Heimat zu geben. Wir müssen die große soziale Volkspartei bleiben, die unterschiedliche Interessen in unserem Volk miteinander versöhnt, wo andere spalten.

Wir sind uns einig: Wir gehören zum westlichen Bündnis

Sich einrichten, vermitteln, versöhnen, zusammenführen — wo gilt das mehr als in den Beziehungen unseres Volkes zu seinen Nachbarn? 40 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg gibt es für uns Deutsche eine Verpflichtung, die alles andere überragt: von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen. Mehr noch: von deutschem Boden muß Frieden ausgehen.
Bundespräsident Gustav Heinemann hat 1969 gesagt: „Ich sehe als erstes die Verpflichtung, dem Frieden zu dienen. Nicht der Krieg ist der Ernstfall . . ., sondern der Friede ist der Ernstfall, in dem wir alle uns zu bewähren haben. Hinter dem Frieden gibt es keine Existenz mehr." Für mich, einen Sozialdemokraten in der Tradition Gustav Heinemanns, ist diese Mahnung heute noch dringlicher geworden: Wir sind die erste Generation in der Geschichte der Menschheit, die diese Welt gänzlich zerstören kann. Und dennoch werden Jahr für Jahr die Vernichtungspotentiale weiter angehäuft. Alle beschwichtigenden Reden im Bundestag und sonstwo täuschen nicht darüber hinweg: Die Rüstungspolitik der vergangenen Jahre hat den Frieden nicht sicherer gemacht — die Gefährdungen sind weiter gewachsen.
Ich habe den Eindruck: Viele Menschen in unserem Land sehen das deutlicher, klarer als mancher spezialisierte Sicherheitspolitiker. Unser Gedächtnis kann nicht so kurz sein, daß wir die großen Demonstrationen der Friedensbewegungen schon vergessen hätten. Wie da Alte und Junge, Frauen und Männer, Pastoren und Gewerkschafter, Radikale und Gemäßigte gemeinsam gegen die Raketen aufgestanden sind, das war, ist Wirklichkeit.
Ich habe manche Meinungen und Einschätzungen aus der Friedensbewegung nicht geteilt und teile sie auch heute nicht. Aber ich habe von der Friedensbewegung auch gelernt. Wir müssen noch deutlicher machen, daß der Friede nicht allein militärisch gesichert werden kann. Wir wollen eine breite Unterstützung für unsere

Friedenspolitik: also dürfen wir die außen- und sicherheitspolitischen Debatten nicht auf militärtechnische Fragen begrenzen. Wir wollen in unseren Bemühungen fortfahren, um aus Friedenssehnsucht praktische Friedenspolitik zu machen: also brauchen wir eine starke parlamentarische Kraft. Ich will die Politisierung, und zwar sowohl gegen einen Pazifismus des Gefühls als auch gegen die Technokratie des Raketenschachs. Ich will die zweite Phase der Entspannungspolitik.
Ost und West stehen heute vor der Wahl, miteinander auszukommen oder miteinander unterzugehen. Ob wir das wollen oder nicht: Sicherheit ist nicht mehr für eine Seite allein zu erreichen. Die alten Denkmuster taugen nicht mehr. Nach einem Nuklearkrieg gäbe es keine Sieger und keine Besiegten. Es gäbe nur noch das Ende. Die Idee der gemeinsamen Sicherheit ist Grundlage sozialdemokratischer Außenpolitik und der zweiten Phase einer im Westen abgesicherten, umfassenden Entspannungspolitik.
Wir sind uns einig: Wir gehören zum westlichen Bündnis. Wir können und wollen uns nicht aus unserem Bündnis lösen. Sonst wären wir schnell isoliert, ohne Einfluß auf die Weltmächte und in einer Situation, in der unsere Freiheit ungesicherter wäre als heute. Niemand brauchte mehr auf unsere deutschen Interessen Rücksicht zu nehmen. Die Friedenspolitik der sozialdemokratischen Bundeskanzler Willy Brandt und Helmut Schmidt, vor allem die Ostpolitik, wäre außerhalb, ohne Unterstützung des Bündnisses unmöglich gewesen.
Übrigens habe ich noch vor zwei Tagen mit dem amerikanischen Außenminister Shultz in Bonn gesprochen und ihm bei dieser Gelegenheit gesagt, daß ich die Anti-Amerikanismus-Kampagne der Union für erledigt halte. Diese Kampagne hatte in Wahrheit gegen uns auch nie eine Chance, nicht gegen den ehemaligen Regierenden Bürgermeister von Berlin und nicht gegen den Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen. Mit den USA verbinden uns gemeinsame Werte, eine gemeinsame Geistesgeschichte, ein gemeinsamer Kampf um die Menschenrechte. Wir haben nicht vergessen, daß ohne die USA die Niederwerfung des Nationalsozialismus in Europa und der schnelle Wiederaufbau unseres Landes nicht möglich gewesen wären.
Freundschaft und Bündnistreue bedeuten allerdings nicht, daß wir auf unsere Meinung verzichten, und daß wir aufhören, unsere deutschen und europäischen Interessen im Bündnis geltend zu machen. Wo wir uns kritisch zur Politik der gerade regierenden Administration in Washington äußern, da tun wir das als Freunde.
Aber gerade Freunde vertragen Offenheit untereinander und die freimütige Vertretung eigener Interessen. Im übrigen: Ja-Sager widersprechen der Tradition der amerikanischen Demokratie, das sollten auch hierzulande die Konservativen von den USA lernen. Selbstbewußtsein und die Wahrung eigener Interessen sind jedenfalls nicht die Ursachen dafür, daß Helmut Kohl in den Vereinigten Staaten nicht besonders hoch angesehen ist.
Seit dem Herbst 1983 werden in unserem Land wie auch in der DDR und in der CSSR neue Mittelstreckenraketen aufgestellt. Dadurch ist es in Europa nicht sicherer, sondern unsicherer geworden.
Wir Sozialdemokraten finden uns damit nicht ab. Was wir auf dem außerordentlichen Parteitag 1983 in Köln gegen die Raketenstationierungen beschlossen haben, gilt. Wir bleiben dabei: Die Pershings und die Cruise-Missiles müssen genauso wie die sowjetischen Gegenstücke wegverhandelt werden. Ich werde als Bundeskanzler sofort Initiativen in unserem Bündnis und gegenüber der Sowjetunion ergreifen, um den Teufelskreis von Nachrüstung und Nach-Nachrüstung in Europa zu durchbrechen.

Rüstungswettlauf im All — das wollen wir nicht!

Es ist gut, daß der amerikanische Präsident und der sowjetische Generalsekretär die Phase der Sprachlosigkeit zwischen den Vereinigten Staaten und der UdSSR beendet haben. In Genf ist mehr erreicht worden, als manche vorher geglaubt hatten. Jetzt müssen aus der Gesprächsbereitschaft am Verhandlungstisch Konsequenzen gezogen werden. Gemeinsam mit vielen, ganz unterschiedlichen Kräften in Europa fordern wir, daß ein weiterer Rüstungswettlauf, auch der im Weltraum, verhindert wird. Ich sage auch meinen amerikanischen Freunden: Das wollen wir nicht. Wir haben auf unserer Erde genügend Probleme zu lösen, für die sich hohe Aufwendungen für Forschung und Entwicklung lohnen. Der Streit im Bonner Kabinettsklüngel ist in dieser Frage besonders unangemessen. Die Bonner Koalitionsparteien kennen offenbar nicht einmal die verantwortungsvollen und kritischen Diskussionen, die in den Vereinigten Staaten selbst zu SDI stattfinden. Wir Sozialdemokraten haben auf dem Feld der Außen- und Sicherheitspolitik vorgearbeitet. Die zweite Phase der Entspannungspolitik muß drei konkrete Elemente umfassen:

- Abrüstung eurostrategischer Waffensysteme,
- Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Westeuropa und Osteuropa, und zwar einschließlich des Technologietransfers, und
- eine Verstärkung des Kulturaustauschs in Ost und West mit dem Ziel der Wahrung der kulturellen Identität Europas.

Für die zweite Phase der Entspannungspolitik tragen die beiden deutschen Staaten ihre ganz besondere Verantwortung. Sie müssen dafür in ihren Bündnissen werben und wirken. Sie tun das am besten, wenn sie in ihrem, im deutsch-deutschen Verhältnis ein Beispiel geben für die Chancen, die dieser Prozeß birgt — auf ökonomischem, umweltpolitischem, kulturpolitischem Gebiet, in der Abrüstung, aber vor allem für die Beziehungen der Menschen zueinander.
Europa darf jetzt nicht lockerlassen, vor allem nicht die Europäische Gemeinschaft. Die sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien der europäischen Nato-Länder haben sich kürzlich über Grundzüge einer gemeinsamen Sicherheitspolitik geeinigt.
Auf diesem Wege müssen wir weitergehen. Ein Europa der Butterberge, der Milchpreisregelungen und der ungelösten Agrarprobleme wäre bloß eine Gemeinschaft von Krämern. Europa muß endlich als fester Pfeiler einer atlantischen Brücke sein außen- und sicherheitspolitisches Gewicht in das westliche Bündnis und in die Bündnispolitik einbringen.

Lieber Filteranlagen als Kampfhubschrauber exportieren

Ich will noch ein außenpolitisches Thema ansprechen, das besondere moralische Qualität hat. Ich bin für äu-

ßerste Zurückhaltung beim Rüstungsexport. Ich weiß, es ist nicht immer leicht standzuhalten, wenn Unternehmer und Betriebsräte eines Unternehmens aus dem eigenen Land vorstellig werden und Exportwünsche anmelden. Aber ich möchte alles dafür tun, daß wir lieber Werkzeugmaschinen exportieren als Panzer, lieber Katalysatoren und Filteranlagen als Minen und Kampfhubschrauber.
Ich habe kürzlich Gespräche mit Saudi-Arabien geführt und dort um Verständnis dafür geworben, daß diese Zurückhaltung ganz besonders für Waffen gilt, die in den Mittleren Osten gehen.
Ein persönliches Wort: Mancher mag meine engen Beziehungen zum Staat Israel, zu seinen Menschen und nicht wenige seiner politischen Führer für eine persönliche Sache halten, eine Sache jenseits des politisch Notwendigen. Dem könnte ich nicht folgen. Die Bindung rührt weder aus Sentimentalität noch aus einer Mißachtung oder Unterschätzung der Bedeutung der arabischen Staaten. Sie rührt aus meinem Erleben. Wer wie ich in den 30er Jahren aufgewachsen und in den 40ern erwachsen geworden ist, der wird Schuld und Verantwortung niemals los, die unser Volk gegenüber seinen jüdischen Mitbürgern und der jüdischen Bevölkerung unserer Nachbarn auf sich geladen hat. Ja, mein Jahrgang und der Jahrgang Helmut Kohls, die mögen persönlich schuldlos sein; und doch dürfen wir die Verpflichtung vor der Geschichte nicht abschütteln.
Deswegen muß jeder, der mich wählt, wissen: Für mich ist die Verantwortung für ein besonderes Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zum Staat Israel ein bindendes Anliegen, und ich werde mich in jedem Amt, das ich in meinem Leben haben werde, zu diesem besonderen Verhältnis bekennen. Ich weiß aus eigener Kenntnis, daß darunter die Beziehungen zu den arabischen Staaten nicht leiden müssen. Rüstungsexport und Menschenrechte hängen nicht nur wegen ihrer moralischen Bedeutung eng zusammen. Man hört, die CDU will die Menschenrechte zum Gegenstand einer Kampagne machen. Ich finde, die Menschenrechte sind zu wertvoll, als daß sie zum Schlaginstrument im parteipolitischen Kampf verkommen dürften. Die Vorstellung, daß Politiker im sicheren Westen das Schicksal der Verfolgten als ein Objekt propagandistischer Ausbeutung betrachten, ist mir einfach widerwärtig.

Der Kampf um die Menschenrechte ist unteilbar

Der Kampf um Menschenrechte ist unteilbar, er gilt für alle Länder der Welt. Wir möchten die Menschenrechte geachtet und eingehalten sehen im Osten wie Westen, in Afghanistan wie in der Türkei, in Südafrika wie in Nicaragua und in El Salvador. Wenn Willy Brandt nach Polen fährt, dann geht es darum, mit der Regierung unserer Nachbarn über ein friedliches Nebeneinander zu reden, auch wenn wir ihre innere Ordnung ablehnen, und natürlich geht es **gleichzeitig** darum, zugunsten der Menschen zu wirken, die dort leben; darunter auch denen, die in Opposition zu ihren Regierungen stehen und um unsere Hilfe bitten.
Mit unserer Außenpolitik, die sich pragmatischer Methoden bediente, haben wir ethische und moralische Ziele erreicht. Wir haben Zigtausenden von Menschen geholfen. Herbert Wehner, der Hunderte Familienzusammenführungen im geteilten Deutschland zustande gebracht hat, hat hundertmal mehr für Menschenrechte getan als der Kampagnen-Plan der CDU. Auf die Schlußakte von Helsinki, zustande gekommen gegen die Stimmen der CDU/CSU und Albaniens, berufen sich heute auch viele Bedrängte in Osteuropa. Ohne die Entspannungspolitik von Willy Brandt und Helmut Schmidt wäre das nicht möglich gewesen. Ich möchte zweierlei deutlich sagen: In Fragen der Menschenrechte hat niemand Anlaß zur Selbstgerechtigkeit. Und: Zu den elementarsten Menschenrechten gehört die Freiheit von Hunger und Not. Wir alle wissen, daß diese Menschenrechte Tag für Tag millionenfach auf dieser Erde verletzt werden.
Das nimmt uns alle in die Pflicht, den Staat als Ganzes, jeden einzelnen von uns. Wir brauchen die Hinwendung des Stärkeren zum Schwachen, des Glücklichen zum Unglücklichen, des Erfolgreichen zum Notleidenden.
Die Bereitschaft zum Helfen, zum Helfen ohne Anweisungen von oben. Auch Hilfe aus eigener Initiative, aus eigenem Antrieb.
Wir sprechen nicht über Bürgerinnen und Bürger. Wir sprechen selten über Mit-Bürger. Und wir sprechen fast nie über Mitleidenschaft, die Fähigkeit zum Mitleiden, Mitleidenschaft. Mitleidenschaft:
das heißt eben nicht nur Mitleid, sondern auch Leidenschaft: in der Bereitschaft zur Veränderung, zur Erneuerung. Das gilt nach innen, für unsere eigene Gesellschaft. Das gilt nach außen, gegenüber der Dritten, der Vierten Welt.
Ich wünsche mir Sozialdemokraten, die dazu fähig bleiben — über all den klugen Plänen und Papieren. Ich wünsche mir leidenschaftliche Sozialdemokraten, die zu Risiken für den Nächsten bereit sind und dabei nicht an Macht und Vorteil denken. Für mich ist die Welt nicht aufgeteilt in Rote, Schwarze, Grüne, Farblose. Unsere Welt besteht aus Menschen, aus Gesunden und Kranken, aus Glücklichen und Unglücklichen, aus Jungen und Alten, aus Einsamen und Geselligen, aus Frauen und Männern. Politik ist die wichtigste Sache der Welt — für die Zeitungen. Vertrauen und Unterstützung erhalten wir aber nur, wenn wir den Menschen durch unser Tun beweisen, daß sie uns glauben können, daß unser Wirken für ihr alltägliches Leben wichtig ist. Es bleibt dabei: Das Ideal meiner Politik ist es, das Leben der Menschen im Laufe der Jahre ein Stückchen menschlicher zu machen.
Ich bin davon überzeugt: soziale, auf Ausgleich bedachte Politik kann man nicht mit unsozialen, unfriedlichen Mitteln durchsetzen. Das gilt nach innen wie nach außen. Das Vertrauenskapital, das zwei sozialdemokratische Kanzler für unser Land gesammelt haben, wird vom gegenwärtigen Bundeskanzler gefährdet. Wir werden viel Kraft und Geduld aufbringen müssen, um verlorenes Terrain zurückzugewinnen. Da ist es gut, daß wir einen Bundespräsidenten wie Richard von Weizsäcker haben.
Ich werde ihn nicht in Parteipolitik hineinziehen. Ich will nur das eine sagen: Auf die Zustimmung der Sozialdemokraten kann er sich verlassen, wenn er für Europa eintritt, wenn er in Israel das richtige Wort findet, und wenn er zum Ost-West-Verhältnis auf unserem Kontinent sagt: „Es geht nicht darum, Grenzen in Europa zu verschieben, sondern den Grenzen ihren trennenden Charakter für die Menschen zu nehmen."
So wollen wir zusammenführen, Trennendes überwinden. Das will die Mehrheit der Deutschen, und dabei richten sich die Hoffnungen vieler Menschen auf die älteste demokratische Partei Deutschlands, auf die Partei von Bebel, Ebert und Wels, von Schumacher und Willy Brandt. Wir dürfen sie nicht enttäuschen. Wir werden sie nicht enttäuschen.

Ibbenbüren ist nicht Buschhaus

Wir dürfen auch nicht die Hoffnungen der Menschen enttäuschen, die von uns mehr als von anderen erwarten, daß wir vernünftige, zukunftsweisende Antworten auf die ökologischen Probleme geben. Denn wir haben eine ungeheuer wichtige geistige und tatsächliche Vermittlung geleistet: Unser Konzept Arbeit **und** Umwelt. Und wenn wir dafür Dank zu sagen haben, dann an allererster Stelle Hans-Jochen Vogel.
Gerade als einer, der in Nordrhein-Westfalen Politik nicht aus der Opposition, sondern aus der Regierung macht, sage ich: Ich stehe dafür ein, daß Arbeit und Umwelt nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen.
Niemand darf sich täuschen, die ökologische Erneuerung unserer Industriegesellschaft ist keine Sache von heute auf morgen. Ist keine Sache eines ruckartigen Umbaus. Die Wahrheit ist: Es wird Jahre dauern.
Ja, es ist richtig, ich bin seit mehr als einem Jahrzehnt dafür eingetreten, die Zeche Ibbenbüren, den einzigen großen Arbeitgeber, den es dort in der ganzen Gegend gibt, zu erhalten. Ich sage aber ebenso deutlich: In den letzten Wochen ist viel Falsches über das Kraftwerk Ibbenbüren verbreitet worden. Umweltpolitisch ist Ibbenbüren für eine Übergangszeit von zwei Jahren bei den Stickoxyden schlechter, als ich es mir wünsche. Aber es ist insgesamt besser, als viele behaupten, von denen ich bezweifle, daß nur umweltpolitische Motive sie umtreiben. Das Kraftwerk erfüllt Punkt für Punkt die umweltpolitischen Forderungen des einmütigen Bundestagsbeschlusses vom Juni 1984, den CDU/CSU und FDP schon einen Monat später zu Lasten der Umwelt für Buschhaus wieder aufgehoben haben.
Ibbenbüren ist mit der modernsten Entschwefelungstechnik ausgerüstet. Buschhaus ging ohne Entschwefelung ans Netz. Durch unsere Hartnäckigkeit wird in Ibbenbüren Ende 1987 die NO_x-Emission auf höchstens 200 Milligramm pro Kubikmeter verringert. Damit werden die Grenzwerte der Großfeuerungsanlagenverordnung und des Beschlusses der Umweltminister vom April 1984 vorzeitig erfüllt. Das sind Tatsachen, die zählen. Wer deshalb Ibbenbüren mit Buschhaus gleichsetzt, der fälscht. Die Inbetriebnahme des Kraftwerks war richtig, und ich habe nicht die Absicht, mich dafür bei irgendwem zu entschuldigen.

Ich werbe um das Engagement der Wissenschaftler und Ingenieure

Einige glauben heute, es komme lediglich darauf an, wieder möglichst viel Wachstum zu erreichen; damit ließe sich auch der nötige Umweltschutz bezahlen. Andere predigen den Ausstieg aus der Industriegesellschaft, den Auszug aus dem Industriesystem. Ich bin fest davon überzeugt: weder eine kosmetisch korrigierte Fortsetzung des bisherigen Weges noch die Flucht zurück in die Agrargesellschaft bietet den Menschen eine humane Zukunft. Wir brauchen die ökologische Erneuerung der Industriegesellschaft und wissen: da ist eine Aufgabe für Generationen. Durch klare Rahmenbedingungen für Hersteller und Verbraucher wollen wir ökologisch angepaßt wirtschaften. Wir wollen erreichen, daß kostbare Rohstoffe besser genutzt werden, daß sie immer wieder verwendet und verwertet werden, daß wir sparsam mit Energie umgehen, daß für gefährliche chemische Substanzen Ersatzstoffe gesucht und daß unsere Böden gerettet werden.
Ich werbe um das Engagement der Wissenschaftler und Ingenieure in unserer Gesellschaft. Wirklicher Fortschritt ist, die Probleme unserer Industriegesellschaft zu **lösen. In** der Industriegesellschaft und mit den **Mitteln** der Industriegesellschaft wollen wir sie lösen. Dazu brauchen wir den ganzen Sachverstand unserer Wissenschaftler, Forscher, Techniker und Ingenieure. Sie, aber auch viele Industrielle, die durchaus zu entsprechenden Investitionen bereit sind, fordern von der Politik die Vorgabe gesellschaftlicher Ziele, denn sie wollen Sinnvolles, Nützliches tun. Nicht forschen für alles und jedes, sondern forschen und entwickeln für gesunde Umwelt, den Kampf gegen den Hunger in der Welt — das können sie aber nur tun, wenn wir solche Forschung und Entwicklung unterstützen, wenn wir die richtigen Fragen stellen. Nur so können wir gemeinsam der gesellschaftspolitischen Verantwortung der Wissenschaft gerecht werden, die Gustav Heinemann 1970 so beschrieb: „Die gesellschaftspolitische Verantwortung des Wissenschaftlers bedeutet wenn nicht Entscheidungsverantwortung, so doch Informationsverantwortung. Anders ausgedrückt: Die Information, die der Wissenschaftler der Gesellschaft gibt, ist der Zins für die Bereitschaft der Gesellschaft, Wissenschaftler auszubilden." Auch deshalb laden wir im nächsten Februar Naturwissenschaftler, Ingenieure und Techniker nach Düsseldorf zum Ingenieur-Kongreß der SPD ein. Viele Naturwissenschaftler und Ingenieure nehmen ihre gesellschaftspolitische Verantwortung wahr. Und sie sollen wissen, daß wir Sozialdemokraten ihnen bei der Suche nach neuen Erkenntnissen, die
ethischen Normen und fortschrittlichen gesellschaftlichen Ansprüchen entsprechen, als fairer politischer Partner zur Seite stehen. Dazu brauchen wir weder mehr Staat noch mehr Bürokratie.
Ökologische Erneuerung der Industriepolitik heißt, die Verantwortung für unsere Umwelt in die Betriebe, in die Forschungslabors und in die Vorstandsetagen zu tragen. Darum müssen wir — neben den Gewerkschaften — auch aufgeschlossene Unternehmer und vor allem Wissenschaftler und Techniker für den ökologischen Fortschritt gewinnen.
Die SPD muß die politische Kraft werden, durch die der technologische Fortschritt sozial beherrscht und ökologisch gesteuert wird. Einfach gesagt: Sie muß die Partei sein, die dafür sorgt, daß Fortschritt den Menschen dient.
Edzard Reuter hat kürzlich gesagt: „Kein staatlich beeinflußter Rahmen der marktwirtschaftlichen Prozesse ist zeitlos gültig. Er bezieht sich immer auf eine konkrete Lage. Ändern sich Voraussetzungen und Umfeld des Wirtschaftens, müssen auch die staatlichen Rahmendaten angepaßt werden. Unser Thema hat Umstrukturierungen der Industrie, nicht Ausstieg aus ihr zu sein."
Ich stimme dem Satz für Satz zu.
Ich gebe ein Beispiel für unsere ökologisch orientierte Politik. Unser Programm „Arbeit und Umwelt" sieht eine Belastung des Energieverbrauchs durch einen Umweltpfennig vor. Damit sollen Investitionen finanziert

werden, die den Energieverbrauch drosseln helfen. Ich könnte mir vorstellen, daß wir bald zum Beispiel auch versuchen müssen, Gifte, die in der Landwirtschaft verwendet werden, stärker zu belasten und dafür eine Landwirtschaft zu fördern, die unser Grundwasser schont und Rückstände in den Nahrungsmitteln verhindert.
Wir Sozialdemokraten arbeiten an einer besseren Zukunft für unsere Kinder und Enkel. Arbeit und Umwelt, Arbeit und Technik miteinander zu versöhnen ist die zentrale innenpolitische Aufgabe, sie wird es auch morgen sein.

Arbeitslosigkeit — mehr als ein ökonomisches Problem

Die Bonner Regierung ist mit dem Versprechen angetreten, eine Wende am Arbeitsmarkt herbeizuführen. Franz Josef Strauß sprach 1982 davon, ein Regierungswechsel in Bonn sei das beste und wirksamste Beschäftigungsprogramm. Und im Frühjahr 1983 haben die Minister Blüm und Geißler den Menschen versprochen, CDU und CSU seien in der Lage, die Zahl der Arbeitslosen bis 1985 unter eine Million, so Blüm, oder auf eine Million, so Geißler, zu verringern. Wer diesen beiden Eckfiguren des Kabinetts Kohl geglaubt hat, sieht sich nun bitter getäuscht.
Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik waren so viele Menschen ohne Arbeitsplatz. Monat für Monat erreichen die Arbeitslosenzahlen traurige Höchststände. Im Jahresdurchschnitt werden es 2,3 Millionen offiziell registrierte Arbeitslose sein. Hunderttausende sind gezwungen, kurzzuarbeiten. Hinzu kommt eine verdeckte Arbeitslosigkeit, von der nach dem Urteil von Sachkundigen über eine Million Bürgerinnen und Bürger betroffen sind.
Für diese Menschen bringt das nicht nur schwere finanzielle Probleme, sondern auch eine Einschränkung ihrer sozialen Kontakte. Ihre Teilnahme am gesellschaftlichen Leben in der Gemeinde und im Stadtviertel verkümmert. Die Beziehungen mit früheren Arbeitskollegen schlafen häufig ein. Man verliert sie aus dem Auge, aus Geldgründen kann man bei gemeinsamen Unternehmungen nicht mehr mitmachen. Arbeitslosigkeit führt zu einem schrittweisen Ausschluß aus der Gesellschaft, zu sozialer Isolation, zur Spaltung unserer Gesellschaft.
Die anhaltende Massenarbeitslosigkeit wirkt auch auf diejenigen, die einen Arbeitsplatz haben. Sie sind verunsichert, haben vielfach Angst um ihre materielle Existenz. Es wäre unmenschlich, über diesen dramatischen Einschnitt im Leben eines Erwerbstätigen nur wie über ein ökonomisches Datum zu sprechen. Es geht in erster Linie um den Menschen, seine Selbstsicherheit, sein Gefühl nützlich zu sein, gebraucht zu werden, um seine Einbindung in die Gemeinschaft. Wir sollten uns davor hüten, bei den Problemen der Arbeitslosigkeit ausschließlich über die ökonomischen Aspekte zu sprechen. Ich wiederhole bei Reisen im Lande häufig den Satz: „Die Konservativen behaupten, die Sozialdemokraten könnten nicht mit Geld umgehen. Die Wirklichkeit aber ist: Die Konservativen von heute können nicht mit den Menschen umgehen." Ich habe die Absicht, das zu wiederholen, weil es wahr ist.
Einige spekulieren darauf, daß man für Anfang der 90er Jahre eine neue, sogenannte lange Welle des Aufschwungs erwarten könne. Sie meinen, man müsse bis dahin eben zwei bis drei Millionen Arbeitslose in Kauf nehmen. Wir dürfen nicht übersehen: Von den zwei Millionen registrierten Arbeitslosen, die wir heute haben, sind schon mehr als 700000 dauerhaft arbeitslos. Menschen, die eineinhalb oder zwei Jahre oder länger nicht arbeiten dürfen, verlieren häufig ihre Qualifikation. Sie fallen dann ganz aus dem Arbeitsmarkt heraus. Wenn eine der reichsten Gesellschaften der Welt es zuläßt, daß die Qualifikation einer Million Menschen verfällt, darunter Hunderttausende junger Menschen, dann verspielt diese Gesellschaft die moralische Substanz ihrer Politik und ihre Zukunft.

Arbeitszeitverkürzung — auch ein Gleichstellungsthema

Und ein weiteres: Zu den zwei Millionen registrierten Arbeitslosen kommt noch die sogenannte „stille Reserve" hinzu, die fast ausschließlich aus Frauen besteht. Wir alle wissen, daß die Frauen in unserer Gesellschaft von der Arbeitslosigkeit am härtesten betroffen sind. Sie sind die ersten, die man hinausfallen läßt; und denen man dann noch hinterherruft, der richtige Ort für die Frauen sei ohnehin letztlich der Haushalt.
Ist es uns eigentlich genügend bewußt, daß Frauen den größten Anteil der Arbeit in der Gesellschaft leisten? Nehmt Erwerbsarbeit und unbezahlte Arbeit in den Familien, in den Verbänden zusammen und fragt Euch, wer da wieviel leistet! Nur die Verteilung stimmt nicht. Männer erhalten den größten Teil der bezahlten Erwerbsarbeit, Frauen den größten Teil der unbezahlten Hausarbeit. Ohne Arbeit sind sie nicht — davon haben sie im Haushalt mehr als genug; aber viel zu viele Frauen sind ausgeschlossen von der Erwerbsarbeit. Unsere Gesellschaft ist geprägt von Erwerbsarbeit. Das Ansehen des einzelnen Menschen ist überwiegend bestimmt von der Stellung im Beruf. Tatsächliche Gleichstellung der Frauen in unserer Gesellschaft gibt es deshalb nur, wo sie die Möglichkeit haben, berufstätig zu sein, wenn sie dies wollen. Wo dies faktisch verwehrt wird, wird den Frauen gesellschaftliche Gleichstellung vorenthalten.
Ich jedenfalls nehme niemandem mehr das Bemühen um tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern ab, wenn nicht gleichzeitig eine andere Verteilung der Arbeit — der Erwerbsarbeit wie der unbezahlten Arbeit — eintritt. Konkret: Wer gesellschaftliche Gleichstellung der Frauen will, muß für Arbeitszeitverkürzung werben, in allen Formen und selbstverständlich nicht ohne Rücksicht auf betriebliche Belange. Arbeitszeitverkürzung ist ein entscheidendes Mittel, ausreichend Arbeitsplätze zu schaffen.
Bei vielen Frauen machen sich Bitterkeit und Resignation breit. Viele glauben nicht mehr, daß wir Männer die Kraft zu wirklicher Partnerschaft haben. Und ich weiß auch, wie befangen und einfallslos wir werden, wenn uns Männern dies vorgehalten wird. Laßt uns dennoch erneute Anläufe wagen, wo immer uns dies möglich ist — in unseren eigenen Familien, in unseren Büros, an unseren Arbeitsplätzen und nicht zuletzt in unserer Partei. Das ist nicht leicht, das geht nie ohne Brüche und Rückschläge. Aber die Qualität unserer Gesellschaft wird auch daran gemessen, wieviel wir für die tatsächliche gesellschaftliche Gleichstellung der Frauen leisten.
In Schleswig-Holstein haben vor wenigen Monaten Vertreter der Arbeitnehmer und der Unternehmer, Vertreter

der beiden großen Parteien auf Anregung des evangelischen Bischofs von Holstein-Lübeck eine gemeinsame Erklärung abgegeben, in der es heißt: „Es ist für jedermann erkennbar geworden: Die derzeitig günstige Konjunkturentwicklung schafft für sich allein keine grundlegende Besserung am Arbeitsmarkt. Sollte sich das derzeitige Wachstum wieder verlangsamen, werden die Nöte am Arbeitsmarkt noch größer ... Wenn nichts Durchgreifendes geschieht, wird die hohe Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik und in Europa bestehenbleiben oder gar noch weiter wachsen."
Das größte Hindernis einer wirkungsvollen Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit ist die derzeitige Bundesregierung. Sie verkündet einen naiven Optimismus, der dem Besitz huldigt, der den Blick von der Schwächeren in unserer Gesellschaft einfach abwendet.
Wir sind froh über die verbesserte Auftragslage in vielen Betrieben, wir sind froh über jeden, der aus konjunkturellen Gründen neue Arbeit findet. Zugleich wissen wir, daß sich die ökonomischen Verhältnisse grundlegend verändert haben. Wachstum allein kann die derzeitige Arbeitslosigkeit nicht beseitigen. Die gegenwärtige konjunkturelle Entwicklung mit ihren weltwirtschaftlichen Verflechtungen und Risiken läßt nicht den Schluß zu, daß in den nächsten Jahren Millionen neuer Arbeitsplätze entstehen würden. So waren trotz realem Wachstum unserer Wirtschaft in den Jahren 1983, 1984 und 1985 in diesem Jahr immer noch weniger Männer und Frauen in Arbeit als 1982.
Man kennt meine Haltung. Ich sage: Mir kann jeder Aufschwung gestohlen bleiben, der nur an der Börse Bewegung auslöst und nicht auf dem Arbeitsmarkt. Gerade wenn es unserer Wirtschaft etwas besser geht, dann muß dies im Sinne ökonomischer Vernunft und sozialer Gerechtigkeit genutzt werden.
Unser erfolgreicher Export ist gegenwärtig die Lokomotive der wirtschaftlichen Erholung. Das ist zu labil, um sich auf Dauer darauf verlassen zu können. Schon geringe Wechselkurs-Schwankungen können tiefgreifende Folgen haben. Ganz zu schweigen von zunehmenden protektionistischen Tendenzen, die auch unsere europäische Partner erfassen. Deshalb ist es nicht nur ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit, sondern auch der ökonomischen Vernunft, die Binnennachfrage in unserem Land zu stärken. Das heißt praktisch: Die Arbeitnehmer und ihre Familien müssen einen größeren Anteil am Ertrag unserer Wirtschaft bekommen, damit sie als Konsumenten mehr nachfragen, mehr kaufen können. Das ist eine Voraussetzung dafür, daß aus der Erholung ein Aufschwung für alle wird. Und den wollen wir.
Wir wissen sehr wohl: Man darf von der Politik nicht zuviel verlangen. Deshalb machen wir auch keine großen Ankündigungen. Wir versprechen nicht, wir könnten die Arbeitslosigkeit in einer Legislaturperiode beseitigen. Aber von richtiger Politik muß die richtige Grundorientierung ausgehen. Und genau dies vermisse ich bei der derzeitigen Bundesregierung, bei ihrem Kanzler. Seine Haltung zu der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung im vergangenen Jahr hat das allen drastisch vor Augen geführt. Er hat die Verkürzung der Wochenarbeitszeit absurd, dumm und töricht genannt. Hätte er sich mit seiner Ansicht durchgesetzt, wären heute noch mehr Menschen ohne Arbeit, denn niemand bestreitet, daß die Einführung der 38,5-Stunden-Woche in vielen Unternehmen neue Arbeitsplätze geschaffen hat. Es stünde Helmut Kohl gut an, sich bei den Metallern für ihren aktiven Beitrag zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit zu bedanken, statt sie heute mit gesetzlicher Knebelung zu bedrohen.
Neben der Verkürzung der Arbeitszeit brauchen wir eine umfassende Anstrengung für die Aus- und Weiterbildung. Es ist erfreulich, daß es in dieser Frage zumindest im Prinzip politische Übereinstimmung gibt. Ich verstehe aber überhaupt nicht, warum die Bundesregierung zum 1. Januar 1986 den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung um eine Promille absenkt. Einem Arbeitnehmer mit 3500 DM Bruttoeinkommen bringt diese Senkung ganze 1,75 Mark im Monat.
Mit den nun fehlenden 750 Millionen DM hätte über ein Ausbildungsprogramm vielen jungen Menschen eine Brücke ins Berufsleben gebaut werden können.
Gerade jetzt brauchen wir eine wirksame und vorausschauende Industriepolitik. In Nordrhein-Westfalen bemühen wir uns darum seit Jahren.

Wir setzen auf die kleinen und mittleren Unternehmen

Die Bonner Koalition dagegen erschöpft sich in ordnungspolitischen Scheindebatten. Graf Lambsdorff beschimpft die Ministerpräsidenten Späth und Strauß als Gegner der Marktwirtschaft, Franz Josef Strauß sieht den Grafen als „nahe am Schwachsinn". Ich habe mehr und mehr den Eindruck: Was die übereinander sagen, das denken die auch wirklich voneinander.
Ich will den Ministerpräsidenten Strauß und Späth da nicht widersprechen, wo sie erkennen, daß der notwendige ökonomische Strukturwandel nicht ohne gestaltende Mitwirkung des Staates zu schaffen ist. Aber wo meine süddeutschen Amtskollegen auf Elefantenhochzeiten tanzen und an immer größeren Rüstungskonzernen puzzeln, da setze ich ganz bewußt auf die innovative Kraft der kleinen und mittleren Unternehmen. Wir haben in Nordrhein-
Westfalen mit über 450000 kleinen und mittleren Unternehmen mehr als jedes andere Bundesland. In diesen Unternehmen steckt mehr Kreativität, mehr Fähigkeit zur Anpassung an den Markt und wird auch mehr geleistet für die Ausbildung junger Menschen in unserer Gesellschaft. Wir Sozialdemokraten finden uns gegenwärtig in der Rolle, Markt und Wettbewerb gegen jene zu verteidigen, die „Markt" sagen und Macht meinen. Und wir müssen immer wieder deutlich machen: Wer mehr technische Innovation will — wir wollen sie, vor allem dort, wo Produktionen ersetzt werden, die Menschen und Umwelt belasten —, wer das will, der muß auch mehr Mitbestimmung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften wollen. Wer sich da sperrt, wer die soziale Beherrschung über neue Technologien verspielt, der wird schnell scheitern, übrigens: Dies lernt Japan gerade von uns.

„Sozialneid" — ein Wort, das aus der Kälte kommt

Die Bonner Koalition hat einen neuen Kampfbegriff erfunden: sie redet vom „Sozialneid". Was sie damit meint, ist unchristlich. Sie wollen das Streben der Menschen nach Gerechtigkeit und Fairneß schlechtmachen. In Wahrheit ist ihr Begriff „Sozialneid" ein Wort, das aus der gesellschaftlichen Kälte kommt. Wer es benutzt, um Menschen in ihren Chancen und Möglichkeiten ein-

zuschränken, der darf nicht gekränkt sein, wenn man sagt, daß dieses Schlagwort in die Ellenbogengesellschaft führt. Auch darüber wird bei der Bundestagswahl entschieden. Wir müssen allen Menschen klarmachen, was die von der Union ausgegebene Parole „Durchsetzungswahl" unter diesem Aspekt bedeutet. Der bislang eher schleichende Prozeß der sozialen Demontage würde dann beschleunigt fortgesetzt und noch viel radikaler werden. Wären die Wahlkampfplaner der CDU ehrlich, dann müßten sie auf ihre Plakate schreiben: Wählt uns 1987 noch einmal, dann geht die Wende erst richtig los. Sie werden das kaum so sagen. Da liegt ein großer Unterschied: Fairneß und Chancengleichheit auf der einen Seite — Diffamierung mit Begriffen wie „Sozialneid" auf der anderen Seite. Ist das nicht soziale Verhöhnung, wo soziale Versöhnung geboten ist?

Was antwortet diese Bundesregierung eigentlich dem Vater, der mir vor kurzem geschrieben hat, er müsse nun seine Tochter von einer weiterführenden Schule herunternehmen, weil er selbst von Arbeitslosigkeit bedroht sei und für sein Kind kein Schüler-BAFÖG mehr erhalte? Dieser Vater läßt sich nicht länger mit Vertröstungen und Nichtstun hinhalten. Er empfindet eine Politik als skandalös, die bei den Ausbildungsbeihilfen kürzt und gleichzeitig Milliardengeschenke an Vermögenssteuerzahler und Großbauern verteilt.

Das spüren auch verantwortliche Politiker der CDU. Dr. Bernhard Worms hat vor einem Jahr gesagt, daß die Politik der Bonner Regierung die unteren Schichten „knüppeldick" getroffen habe und daß die soziale Symmetrie wieder hergestellt werden müsse. Prof. Kurt Biedenkopf war da noch deutlicher. Er sagte: „Wenn es keine Ergänzungsabgabe für die Besserverdienenden gibt, dann ist das ein Einbruch der Glaubwürdigkeit von Helmut Kohl." Kürzer kann ich das auch nicht sagen.

Keiner von uns bestreitet, daß bei knappen Staatskassen gespart werden muß. Das tun wir in den von uns regierten Ländern und Städten auch, und da ist es noch viel schwerer, weil wir ja über die Einnahmen im Gegensatz zum Bund praktisch nicht entscheiden können, und weil wir auch keine Bundesbank als Sparbüchse zum Stopfen der Haushaltslöcher haben.

Sparen müssen wir auch — aber die Lasten müssen gerechter verteilt werden. Das gilt an erster Stelle in der Steuerpolitik. Steuerpolitik ist unmittelbar wirksame Gesellschaftspolitik. Zu allen Zeiten und in allen Gesellschaften wird über Steuern geklagt. Aber wenn heute in der Bundesrepublik jemand Grund hat, sich über steigende Steuer- und Abgabenbelastung zu beklagen, dann sind dies die Arbeitnehmer in den unteren und mittleren Einkommensbereichen.

Erinnert Euch: Was gab es da alles an Ankündigungen vor dem Regierungswechsel 1982! Im Gegensatz dazu steigen jetzt Lohnsteuer und Abgabenlast der Arbeitnehmer Jahr für Jahr, sie werden von der Steuersenkung kaum berührt. 1982 betrug die Lohnsteuerquote 16 Prozent — 1985 waren es 17,7 Prozent. 1982 lagen die Rentenversicherungsbeiträge bei 18 Prozent — seit dem 1. Juli 1985 sind es 19,2 Prozent. Weil die Bonner Regierung aus Rücksicht auf mächtige Interessengruppen zu einer wirksamen Kostendämpfung im Gesundheitswesen nicht in der Lage ist — und ehrlich gesagt, uns hat die FDP in unserer Regierungszeit auch daran gehindert —, werden im nächsten Jahr die Krankenkassenbeiträge vor allem bei den Allgemeinen Ortskrankenkassen deutlich ansteigen.

Deutliche Steuerentlastungen für die unteren und mittleren Einkommen

Steuergerechtigkeit ist ein wichtiges Thema für uns, auch wenn noch nicht alle die Bedeutung klar erkannt haben. Deshalb will ich ganz deutlich sagen: Ich trete ein für deutliche Entlastungen der unteren und mittleren Einkommen.

Kein Mensch versteht, daß durch die Steuerreform 1986/88 ein verheiratetes kinderloses Ehepaar mit einem Jahreseinkommen von 36 000 DM nur 144 DM Entlastung bekommen soll, aber ein gleiches Ehepaar mit 260 000 DM eine Entlastung von 7300 DM im Jahr. Das ist eine 50fach höhere Entlastung des besser verdienenden Paares, obwohl seine steuerliche Belastung im Vergleich zu dem geringer verdienenden Paar nur 20mal so hoch ist. Das ist ungerecht und unhaltbar.

Aber es ist typisch für die Wende, die erst richtig losgehen soll.

Und ich frage mich auch, wie sozial und wie christlich eine Partei eigentlich ist, der das Kind etwa eines Ministerpräsidenten zweieinhalbmal soviel wert ist wie das Kind einer Verkäuferin oder eines Postschaffners. Ich stehe für das gleiche Kindergeld für alle, denn uns sind alle Kinder gleich viel wert.

Ich nenne für meine Steuerpolitik heute schon fünf Eckpunkte:

1. Eine Regierung unter meiner Führung wird alles tun, um zu erreichen, daß die ganz kleinen Verdiener mit dem Finanzamt überhaupt nichts mehr zu tun haben müssen. Wir wollen, daß das Existenzminimum steuerfrei gestellt wird. Voraussetzung dafür ist u. a., daß die Steuerlasten zwischen Bund, Ländern und Gemeinden neu aufgeteilt werden.
2. Die zweite Stufe der Steuerreform, die 1988 kommen soll, muß ganz anders aussehen, als die Bonner Koalitionsparteien sich das ausgedacht haben. Wir werden Entlastungen für die unteren und mittleren Einkommen schaffen, also mindestens bis zu 80 000 DM Jahreseinkommen. Die Bürgerinnen und Bürger werden im Januar 1987 Gelegenheit haben, über den weiteren Gang der Steuerpolitik zu entscheiden. Die Bonner Koalitionsparteien sollen niemand glauben machen, sie hätten bereits heute ein Mandat für 1988. Laßt uns im Interesse der großen Mehrheit hart daran arbeiten, daß wir die 88er Reform bestimmen.
3. Mit mir gibt es keine Steuerpolitik, die die Haushaltskonsolidierung des Bundes zu Lasten von Ländern und Gemeinden betreibt. Länder und Gemeinden müssen finanziell handeln und investieren, wenn mehr Menschen Arbeit haben sollen.
4. Im Laufe der kommenden Legislaturperiode brauchen wir eine Strukturreform der Lohn- und Einkommensteuer. Ich will dafür sorgen, daß Gewinne, die wieder in Unternehmen investiert werden, steuerlich besser behandelt werden als entnommene Gewinne, die lediglich auf Bankkonten ruhen. Eine Veränderung des Spitzensteuersatzes steht für mich nicht auf der Tagesordnung. Ich empfinde es als unglaublich, daß konservative Politiker in einer Periode der Massenarbeitslosigkeit und der neuen Armut sich den Kopf darüber zerbrechen, wie Bürger mit einem zu versteuernden Einkommen von 260 000 DM und mehr im Jahr steuerlich besonders entlastet werden können.

5. Wir wissen: Wir müssen im Interesse aller mehr Geld zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit einsetzen als bisher. 1982 versprach auch die Bonner Koalition eine solche Politik. Nach der Wahl galt dies alles nicht mehr. Ich stimme Franz Steinkühler und Hermann Rappe ausdrücklich zu: Wenn wir den sozialen Frieden, der eine große Produktivkraft ist, bewahren wollen, dann müssen jetzt alle, die sehr gut oder gut leben, einen Solidarbeitrag für diejenigen leisten, die arm sind. Deshalb werden wir steuerpflichtige Einkommen über 60 000 bzw. 120 000 DM im Jahr zeitlich befristet etwas höher belasten müssen, als dies bislang der Fall war. Ich verspreche: Diese zeitlich befristete Ergänzungsabgabe wird ausschließlich genutzt, um mehr Menschen in Arbeit und Verdienst zu bringen. Wer hier die Augenbraue hebt, dem muß ich sagen: Nach 30 Jahren Politik kann ich der Illusion nicht Vorschub leisten, daß man die Mittel zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit nur von den Millionären holen könnte. Wir werden den starken Schultern mehr auflasten als den schwachen — aber wir brauchen die Kraft zu einer großen nationalen Gemeinschaftsleistung.

Den Anteil der Arbeiterkinder an den Universitäten vervierfacht

Ihr wißt, daß ich mich viele Jahre meines Lebens um Bildungs- und Wissenschaftspolitik gekümmert habe. Uns Sozialdemokraten hat angetrieben, daß es Millionen junger Menschen gab, die begabt waren und diese Begabungen nicht ausbilden durften. Es gab unüberwindbare soziale Schranken. Daß die Menschen nicht gleich sind und auch die Sozialdemokraten nicht dafür sorgen können, daß alle mit gleichen Chancen ins Leben starten, war mir immer klar. Daß aber selbst die **Bildungschancen** ungerecht verteilt sein sollten, daß habe ich nie akzeptieren wollen und werde ich auch nie akzeptieren.

Im Ruhrgebiet gab es früher keine einzige Universität. Deswegen habe ich als nordrhein-westfälischer Wissenschaftsminister nicht einfach die alten Universitäten in Bonn und Köln und Münster aufgestockt. Deswegen habe ich neue Universitäten in Industriestädten wie Duisburg, Essen und Wuppertal gebaut und haben wir die in Bochum und Dortmund ausgebaut. Deshalb habe ich die erste deutsche Fernuniversität in Hagen gegründet. Das Ergebnis, auf das ich stolz bin: Wir haben den Anteil der Arbeiterkinder an unseren Universitäten vervierfacht. Und deshalb bedrückt es mich ganz besonders, daß seit zwei Jahren dieser Anteil — vor allem bei Mädchen aus Arbeiterfamilien — wieder zurückgeht. Die konservative Bundesregierung ist auf dem Weg, ihr gesellschaftspolitisches Ziel zu erreichen: die Streichungen des Schüler-BAFÖG haben Folgen. Das werden wir korrigieren.

Wir Sozialdemokraten dürfen uns nicht einfach damit abfinden, wenn wir hören, geistige Kreativität sei im Rückzug, im geistigen Deutschland mache sich Enttäuschung breit, die junge Generation ziehe sich ins Privatleben und aufs Privatisieren zurück. Für mich sind die Stellungnahmen unserer Schriftsteller, unserer Naturwissenschaftler oder der Ärzte für den Frieden nicht anmaßende Einmischungen in die Politik, für mich sind sie wichtige Beiträge zu einem großem Gespräch über die Zukunft unseres Volkes. Für mich ist die Frage, ob in Bonn ein Mahnmal entsteht, das alle Toten ehrt, die Opfer der Gewaltherrschaft ebenso wie die des Krieges, nicht ein Randthema für Staatssekretäre im Innenministerium, sondern eine hochpolitische Frage. Ich will eine neue, freiere Atmosphäre, in der der Kontakt zwischen Kultur und Politik wieder selbstverständlich ist. Wenn eine solche Luft weht, können wir auch wieder die Mitarbeit jener gewinnen, die zur Zeit kritisch, abgestoßen vom politischen Betrieb, unwillig beiseite stehen. Laßt uns dabei auf die junge und auf die ältere Generation zugehen, laßt uns Fehler und Versagen ehrlich eingestehen und begründen, laßt uns Zeit finden für das Zuhören. Die Politik, auch unsere Partei, muß wieder offen werden für das kulturelle Deutschland. Das will ich fördern. Wir haben hier nachzuholen.

Als Kanzler nicht einfach nur Willensvollstrecker der Partei

Ich mache mich jetzt auf einen langen Weg. Wir machen uns gemeinsam auf diesen langen Weg. Ich bin nicht der erste Sozialdemokrat, der diese Aufgabe geschultert hat.

Ich werde nicht verleugnen und nicht vergessen, daß es diese unsere, meine Partei ist, die mir die Aufgabe gestellt hat, aber ich sage ebenso offen, daß die Richtschnur meines Handelns das Gewissen sein wird, das nur dem Ganzen verpflichtet sein kann. Ich bin der Kandidat dieser Partei für ein Amt, dessen Inhaber die Richtlinien der Politik bestimmt und dem ganzen Parlament und damit dem Volk verantwortlich ist.

Es ist vielleicht nicht populär, wenn ich hier erkläre, daß ich nicht einfach nur Willensvollstrecker der Partei sein kann, sondern daß ich nach ernsthafter Überlegung in eigener Verantwortung jene Entscheidungen werde treffen müssen, die im Interesse unseres Volkes erforderlich sind. Aber ich weiß, daß die sozialdemokratische Partei, deren Vertrauen ich habe, mir die Freiheit der Entscheidung gewähren wird, die dieses Amt nach dem Grundgesetz braucht.

Ich weiß: Wer so spricht, der wird leicht dem Verdacht ausgesetzt, er wolle sich von der Partei absetzen und Beschlüsse ignorieren. Meine Freunde, ein solcher Verdacht wäre heute genauso unbegründet wie er es 1960 war, als Willy Brandt genau diese Worte bei seiner Nominierung auf dem Parteitag in Hannover wählte, die ich hier zitiere und mir zu eigen mache. Dabei weiß ich, daß zwischen 1960 und 1985 die Partei viele, unterschiedliche Erfahrungen gemacht hat. Aber Ihr könnt mir vertrauen und auch auf mich bauen. Für unseren Wahlerfolg in Nordrhein-Westfalen war es mit entscheidend, daß es dem politischen Gegner nie gelungen ist, zwischen meiner Partei und mich ein Blatt Papier zu schieben.

Ich denke übrigens auch nicht im Traum daran, mich von Nordrhein-Westfalen trennen zu lassen. Ich werde meine Verantwortung für das Amt als Ministerpräsident des bevölkerungsreichsten Bundeslandes während des bevorstehenden Wahlkampfes mindestens genauso gewissenhaft erfüllen, wie der gegenwärtige Bundeskanzler seine Pflichten mit den Erfordernissen des Wahlkampfes verbindet!

Übrigens: Es hat sich herumgesprochen, daß ich die bürgerferne Sprache und die Bonner Rituale der angeblich großen Politik nicht mag. Ich habe die Erfahrung

gemacht, daß der in Bonn übliche ständige Gebrauch großer, böser Worte abstumpft und die Bürger diese Worte inzwischen hinnehmen wie das weiße Rauschen im Fernseher.

Vor der Bundestagswahl liegen noch wichtige Etappen

Unter denjenigen, die in Bonn so gerne von den Menschen draußen im Lande reden, gibt es nicht wenige, die zur Erhaltung ihres Weltbildes den Kontakt mit tatsächlichen Menschen tunlichst meiden müssen. Ich kenne da welche, die schon nach zwei Stunden Bürgergesprächen am Informationsstand in der Fußgängerzone mit depressiven Gefühlen an ihre Schreibtische zurückschleichen. Ich kann auch in Zukunft nicht auf das unmittelbare Gespräch verzichten. Und ich werde auch in Zukunft Freunde haben, die politisch anders denken als ich. Es wäre gut, wenn in allen Parteien Kurt Schumachers Warnung bewußt bliebe, daß Demokratie nicht leben kann, wo kriegswissenschaftlich geführte Konfrontation an die Stelle des beharrlichen Streitens um den besten Weg tritt.

Nun lese ich oft, wir könnten nicht gewinnen. Ich lese das nicht mehr aufgeregt, denn das habe ich von Januar bis Mai in Nordrhein-Westfalen jeden Tag gelesen. Ich lese auch jeden Tag, in Wirklichkeit mache ich dann doch eine andere Politik. Habe ich auch von Januar bis Mai immer gelesen. Da muß man aufmerksam sein, zuhören und dann widerlegen. Das ist der Weg, den wir jetzt gehen. Denn die Bundestagswahl ist näher, als viele von uns denken. Und da hilft nicht ein Hoffnungsträger, wie ich das im Mai mal so gelesen habe. Darüber habe ich mich gefreut. Aber ein Hoffnungsträger? Eine Million Hoffungsträger, jedes Mitglied ein Hoffnungsträger. Darauf kommt es an.

Beharrlicher Fortschritt gegen den schleichenden Rückschritt

Aber Hoffnungsträger dürfen natürlich dann keine Bundesbedenkenträger sein. Es dürfen nicht Leute sein, die auf den Rängen sitzen. Die auf den Zuschauerbühnen mal sehen, wie er es denn nun macht. Sondern die mittun, die helfen, die anstoßen, die kritisch und solidarisch mitmachen und das Gespräch mit dem Bürger suchen. Das ganze Jahr über, denn wir sprechen von der Bundestagswahl 1987, aber der Wahlkampf ist 1986.

Und vorher geht es um wichtige Etappen. Ich bin zuversichtlich: Bei den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein im März wird der aufgesetzte Optimismus der CDU ein weiteres Mal durch die Wähler widerlegt.

Bei der Landtagswahl in Niedersachsen im Juni: Gerhard Schröder, Du hast eine gute Chance, die Mehrheit der CDU/CSU im Bundesrat zu brechen. Da geht es nicht nur um Landespolitik. Das ist gut für Niedersachsen, das ist gut für die ganze Republik. Denn dann sind nur noch die 5 CDU-Länder da, jetzt haben wir 6 zu 5 gegen uns. Wißt Ihr, noch bis März, da war es 7 zu 4. Dann hat die Bundesrepublik im Saarland einen Oskar gewonnen. Das war doch was! Jetzt geht es weiter. Nach Nordrhein-Westfalen geht's jetzt nach Niedersachsen. Ein kraftvolles Gegengewicht gegen die unsoziale Politik in Bonn, das kommt aus Niedersachsen. In Bayern wird Karl-Heinz Hiersemann Boden für die Sozialdemokraten auch im Süden gutmachen. Das ist nicht leicht, aber da legen wir 5 Punkte drauf. Und dann geht Niedersachsen in die Kommunalwahl, dabei wird die bürgernahe Kommunalpolitik der niedersächsischen Sozialdemokraten bestätigt werden. Dann kommt die Bürgerschaftswahl in Hamburg, da hat Klaus von Dohnanyi die besten Chancen, erneut klare Verhältnisse in den Freien und Hansestadt zu schaffen. Alle Argumente sprechen dafür.

Liebe Freunde, unser Land braucht soziale und demokratische Politik. Wir grenzen nicht aus. Wir lassen eine weitere Spaltung unseres Volkes nicht zu. Wir wollen einen starken sozialen Staat, in dem die Menschen sich zu Hause fühlen können — alle Menschen. Wir setzen den beharrlichen Fortschritt gegen den schleichenden Rückschritt. Wir setzen friedlichen Ausgleich gegen die Kraftmeierei und die Fraktion der Stahlhelme! Versöhnen statt spalten! Verliebtsein ins Gelingen! Ich setze mit Euch auf Sieg.

Herausgeber: Vorstand der SPD, Abt. Presse und Information, 53 Bonn 1 — Bestell-Nr. 200014
Druck: Courir-Druck GmbH, Königswinterer Str. 115, 5300 Bonn 3 — 12-85 — A 1 — 20 — ISSN 0170-07758